

Bundestag direkt

Info-Brief der Landesgruppe Schleswig-Holstein
in der SPD-Bundestagsfraktion
Ausgabe 4/12 - Dezember 2012



Mit Zuversicht und Siegeswillen ins Wahljahr 2013

**Rückblick und Ausblick von
Landesgruppensprecher
Ernst Dieter Rossmann**

Das war sicherlich das größte Ereignis für uns Abgeordnete aus Schleswig-Holstein: Am 6. Mai gewann Torsten Albig die Landtagswahl und bald darauf konnte er zusammen mit den Grünen und dem SSW die Schleswig-Holstein-Koalition bilden. Auch die Landesgruppe hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten an diesem Gesamtprojekt der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein mitgewirkt, wo immer es ging. Der Lohn für uns ist immer noch, dass wir jeden Donnerstag bei unserem Frühstück in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung ohne Anmaßung, aber mit Stolz sagen können: „Es ist unsere Landesvertretung.“

Dass an diesen Landesgruppenrunden dann auch die Landesminister und bei Gelegenheit auch der Ministerpräsident teilnehmen, sorgt dafür, dass der direkte Draht von Berlin nach Kiel und umgekehrt bes-



Erst Rot-Grün in Niedersachsen, dann Rot-Grün im Bund – mit den Spitzenkandidaten Stephan Weil und Peer Steinbrück hat die SPD diese Ziele fest im Blick
Foto: Marco Urban

tens funktioniert und wir mit vereinten Kräften zum Wohle des Landes wirken können.

Wie gut diese Achse arbeitet, wurde bei einem zentralen Vorhaben für Schleswig-Holstein schon im Vorfeld der Landtagswahlen deutlich: Zusammen mit der Landtagsfraktion, dem Landesverband und den Personalräten wie der regionalen Wirtschaft stellte die Landesgruppe im Frühjahr eine regelrechte NOK-Bewegung auf die Beine. Verkehrsminister Ramsauer hatte nämlich die ursprünglich für Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal bereitgestellten finanziellen Mittel für andere Verkehrsvorhaben verwendet, so dass Stillstand bei der Sanierung der Schleusen in Brunsbüttel drohte. Am Ende konnten sich die damals noch schwarz-gelbe Landesregierung und das Bundesverkehrsministerium diesem öffentlichen Druck von allen

Seiten nicht entziehen. Allein, die Resultate sind nur zum Teil befriedigend. Immerhin konnte die Achse Schleswig-Holstein - Hamburg mit Bettina Hagedorn und Johannes Kahrs im Haushaltsausschuss des Bundestages durchsetzen, dass zusätzliche Millionenbeträge für die Ertüchtigung der Schleusen in Brunsbüttel freigemacht worden sind. Doch auch für die Reparatur und Sanierung der Schleusenanlage in Holtenau und die Verbesserung der Fahrinne müssen noch Gelder bereit gestellt werden. Für uns als oberste Lobbyisten und Kämpfer für den Nordostsee-Kanal bleibt also noch viel zu tun. Dass Lug und Trug gerade in der Verkehrspolitik angesichts der Unterfinanzierung der Investitionspläne und der fehlenden Prioritätensetzung dicht beisammen liegen, konnte die neue Landesregierung auch merken, als sie die Bauplanung

für die A20 vom Kopf auf die Füße gestellt hat. Welcher Wahnsinn war es, dass die alte CDU-Landesregierung ein Autobahnstück zwischen Hohenfelde und Süderau mit höchster Priorität ausbauen lassen wollte, aber für den unmittelbaren Anschluss von Segeberg Richtung A7 nichts vorbereitet hatte? Als die neue Landesregierung in diesem Jahr der landespolitischen Wahrheiten die Illusionschleier der CDU beiseite gezogen hat, war das Geschrei erst groß. Aber mit vereinten Kräften der SPD-Abgeordneten in Land und Bund zusammen mit der Landesregierung ist es uns dann in vielen Gesprächen auch gerade mit der regionalen Wirtschaft gelungen, hier den nüchternen Blick auf die Realitäten sprechen zu lassen.

Zu den Realitäten gehört auch, dass wir als hoch innovatives und attraktives, aber eben auch kleines Bundesland die norddeutsche Zusammenarbeit brauchen, wenn wir die maritimen Potentiale und die Chancen beim Ausbau der erneuerbaren Energien nutzen wollen.

Selbst wenn wir aktuell nur sechs Abgeordnete aus Schleswig-Holstein für die SPD im Bundestag sind, ist unsere Präsenz, ohne Eigenlob zu verbreiten, dennoch überdurchschnittlich. Das gilt sowohl für die Treffen der sogenannten Küstengang mit den Abgeordneten aus allen norddeutschen Bundesländern, wie auch die Arbeit und Diskussionsfreude in der Fraktion

- Fortsetzung auf Seite 2 -

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Der Bundeshaushalt 2013 Seite 3
- Europa-Dialog der SPD Schleswig-Holstein Seite 4
- Auf dem Weg zum Volksentscheid Seite 6
- Internet für alle Seite 10
- Weniger Bahnlärm Seite 11



- Fortsetzung von Seite 1 -

und in wichtigen Aufgaben in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen. Und die Erfolge bleiben auch nicht aus.

Vielleicht ist dies auch die Erklärung dafür, dass sich alle sechs gegenwärtigen Bundestagsabgeordneten erneut um eine Kandidatur für den nächsten Bundestag beworben haben. Bei all der „Maloche“ im Wahlkreis und im Bundestag sagen wir zusammen: Es machte auch im Jahr 2012 einfach Freude, Volksvertreterin oder Volksvertreter zu sein. Und das im Kreis einer sehr harmonischen Landesgruppe und einer sehr kämpferischen und erfolgreichen schleswig-holsteinischen SPD.

Uns beflügelt die Aussicht, mit Peer Steinbrück als unserem Kandidaten für das Bundeskanzleramt im nächsten Herbst einen halben Schleswig-Holsteiner zum dritten sozialdemokratischen Kanzler dieser Republik wählen zu können. Schließlich kennt Peer als geborener Hamburger unser Land nicht nur aus eigenen Jugend- und Studienzeiten. Auch als Mitglied der Regierung Engholm und Simonis von 1990 bis 1998 ist er bestens vertraut mit allen umwelt-, verkehrs- und wirtschaftspolitischen Fragen unseres Landes. Das Ziel ist klar: Die SPD will eine rot-grüne Regierung im Bund mit Peer Steinbrück als Bundeskanzler an ihrer Spitze. Dafür arbeiten auch wir sechs Bundestagsabgeordnete mit ganzer Kraft. Und dafür wollen wir dann mit deutlich mehr als sechs Mandaten bei der nächsten Bundeskanzlerwahl aus Schleswig-Holstein einen eigenen Beitrag leisten.

Ein Arbeiter im Weinberg der Demokratie

Michael Bürsch ist tot. Diese Nachricht ist uns, seinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten, sehr nahegegangen. Noch im September hat Michael, schon von der Krankheit gezeichnet, an dem großen Zukunftskongress der SPD-Bundestagsfraktion zur Vision 2020 teilgenommen. Er wollte einfach wissen, was sich seine SPD für das nächste Jahrzehnt vorgenommen hat. Auch wenn Stimme und Körper schon schwächer geworden waren im September – Geist, Witz, kritische Nachfrage, Interesse am Menschen und an der Sache waren so da, wie wir Michael immer kannten.

55 Jahre alt war Michael, als er am 17. Juni 1997 das erste Mal in den Bundestag einzog. Davor hatte der in Stettin geborene und in Kiel aufgewachsene promovierte Jurist schon viele politische Stationen hinter sich: als Referent im Bundespresseamt unter Klaus Bölling, als Mitarbeiter vom Bundeskanzler Helmut Schmidt, als Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Leiter der Landesvertretung Schleswig-Holstein in der Regierungszeit von Björn Engholm.



Drei Mal hat Michael dann für die schleswig-holsteinische SPD das Direktmandat in seinem Wahlkreis Plön-Neumünster gewonnen. Das ist vor ihm lange keinem Sozialdemokraten vergönnt gewesen. Die Wahlkreisarbeit war für ihn ebenso notwendiges wie schönes Tagewerk im Weinberg der Demokratie. Er hat dabei auch ganz eigene Akzente gesetzt, nicht zuletzt mit anspruchsvollen Literaturveranstaltungen, die Kunst und Politik an einen Tisch brachten und Michaels Freude und Talent am Vorlesen für die Politik entwickelten. Seine Vorträge aus den Werken des unvergesslichen

Kuddl Schnöf alias Jochen Steffen, von Tucholsky, Ringelnatz und anderen bei den Weihnachtstreffen der Landesvertretung sind uns noch sehr gegenwärtig: Gut ausgewählt, pointiert vorgetragen, immer auch mit der Distanz und Selbstironie, die Michael auch als Menschen so sympathisch machten.

Wir als seine Kolleginnen und Kollegen im Bundestag wissen, dass nicht zuletzt auch seine Wortmeldungen in der Fraktion und im Parlament immer von großer Argumentationsstärke, von Engagement und damit von Durchschlagskraft geprägt waren. Das Wünschbare formulieren, das Erreichbare genau im Blick haben – das ist die kürzeste Formel für seinen Politikstil. Das politische Laienspiel war ihm immer

ein Graus. Wo gute Ideen waren und Engagierte, die sich dafür einsetzen, fühlte er sich hingegen zu Hause.

Sein Engagement für die Förderung der Bürgergesellschaft und den bürgerlichen Gemeinsinn war deshalb genauso naheliegend wie sein wegweisendes und frühes Eintreten für eine moderne Integrationspolitik.

Gerade hier hat sich gezeigt, was Michaels besondere Qualität als Abgeordneter, Bundestagskollege

und politischer Freund und Schleswig-Holsteiner ausmachte: Leidenschaftlich und zugleich unaufgeregt und professionell zu agieren und den Dingen auf den Grund zu gehen. Was die Menschen von ihrem Volksvertreter erwarten dürfen, hat sich seit Max Weber nicht grundsätzlich geändert: Kompetenz, Augenmaß und Leidenschaft. Dies hat Michael beispielhaft verwirklicht.

Wir werden Michael als Abgeordneten, als Bundestagskollegen und als politischen Freund nicht vergessen.

Ernst Dieter Rossmann

Der Bundeshaushalt 2013 — ein Armutszeugnis

Am 23. November hat Schwarz-Gelb den Bundeshaushalt für 2013 verabschiedet, drei Tage später war er schon Makulatur: Da stimmte Kanzlerin Merkel nämlich (von uns prophezeit und von ihr vehement bestritten!) in Brüssel Beschlüssen zu, die unseren Haushalt 2013 mit 730 Mio. und 2014 mit 600 Mio. € belasten werden, ohne dass dafür mit einem einzigen Cent Vorsorge getroffen ist. Der Etat ist aber nicht nur ein Dokument fehlender Vorsorge für die Zukunft bei Risiken der Eurokrise, er ist vor allem sowohl erneutes Armutszeugnis als auch Nachweis für die Klientelpolitik dieser Regierung!

Während sich die Regierung Merkel in Europa als Ober-Sparkommissar inszeniert und den Krisenländern Wasser predigt, trinkt sie zuhause Wein und beschloss auf dem Koalitionsgipfel im November milliardenschwere Wahlgeschenke wie das Betreuungsgeld, Aufstockungen im Verkehrsetat (v.a. zu Gunsten Bayerns) oder den Etikettenschwindel einer „Lebensleistungsrente“, die nicht den Menschen helfen, sondern die kriselnde Koalition kicken sollen.

Konkrete Beschlüsse von Schwarz-Gelb:

► **Kürzen am falschen Ende:** Wie in den Jahren zuvor bleibt das Bundesministeri-

um für Arbeit und Soziales der Steinbruch der schwarz-gelben Koalition. Die heftigen Kürzungen von 2011/12 werden im kommenden Jahr zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik sogar verdoppelt und laut Finanzplan bis 2016 vervierfacht! Deswegen müssen in der Bundesagentur für Arbeit bis 2015 17.000 Menschen entlassen werden. Etwa 8.000 befristete Beschäftigte mussten bereits gehen, davon 80 in Schleswig-Holstein. Weitere 150 sollen bei uns bis 2015 „sozialverträglich abgebaut“ werden. Davon werden auch die JobCenter betroffen sein. Auch bei den Budgets für bislang sehr



Christine Lamprecht, MdB, Gabriele Hiller-Ohm, Bettina Hagedorn, Albrecht Broemme, Präsident der Bundesanstalt THW und Franz Thönnies (v.l.) auf einer Veranstaltung des THW in Berlin

erfolgreichen Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen wird radikal gekürzt.

► **Verkehrsprojekte:**

Ein weiterer Beschluss des Koalitionsgipfels waren 750 Mio. Euro extra für das Verkehrsministerium für die kommenden zwei Jahre. Nach Schleswig-Holstein fließen davon nur 17 Mio. Euro für die A23 bei Itzehoe und 16,5 Mio. Euro für

längst überfällige Baumaßnahmen am Nord-Ostsee-Kanal. Beim „Sonderprogramm Lärmschutz Schiene“ (40 Mio. Euro) geht Schleswig-Holstein sogar komplett leer aus: Von den 17 darin enthaltenen Maßnahmen liegen neun dort, wo im nächsten Jahr Landtagswahlen sind. Schwarz-Gelb bereitet ihren Wahlkampf auf Schiene und Asphalt vor.

► **THW-Mittel auf Druck der SPD erhöht:**

Obwohl Bundesinnenminister Friedrich (CSU) in seinem Haushaltsentwurf die Mittel für die THW-Ortsvereine 2013 noch um zwei Mio. Euro kürzen wollte, werden dank gemeinsamer Anstrengung des Haushaltsausschusses 2013 wieder gut 26,8 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Die SPD beantragte weitere 2,2 Mio. Euro für den Kauf von Spezialfahrzeugen. Dies wurde jedoch von der Koalition abgeschmettert. Der Innenminister dazu: Feuerwehr, DLRG, Johanniter und THW „sollen ihre Anschaffungen eben strecken.“

Bettina Hagedorn

Zukunft von Präventionsprojekten ungewiss

Die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP bietet den Projekten gegen Rechtsextremismus keinerlei Perspektive für 2014 und hat jede Anschlussfinanzierung bei den Haushaltsberatungen unterbunden. Auch Nachverhandlungen der Fraktionsspitzen brachten keinen Erfolg.

Wie die erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus weitergeführt werden kann, ist damit bis zum Abschluss des Bundeshaushaltes 2014 nicht sicher.

Die Bundesregierung und Familienministerin Schröder

setzen damit ihre Abbrucharbeiten an der Zivilgesellschaft fort, die sich Tag für Tag für Demokratie und gegen Rassismus einsetzt.

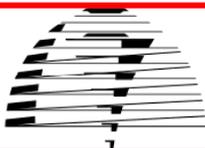
Der Titel „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Etat des Bundesfamilienministeriums ist der wichtigste Ausgabetitel des Bundes zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zur Extremismusprävention, vor allem gegen Rechtsextremismus.

Hierfür sollen zwar in 2013, wie in den vergangenen Jahren auch, insgesamt 29

Millionen Euro zur Verfügung stehen. Völlig offen ist allerdings, wie es danach weitergehen wird.

Sönke Rix





Europa-Dialog in der Willy-Brandt-Schule Norderstedt

Stegner, Rodust und Thönnnes standen Rede und Antwort

Kein Zweifel: Die Europäische Union (EU) steckt nicht nur in einer Finanzmarkt- und Schulden-, sondern auch in einer dramatischen Vertrauenskrise. Doch gerade in diesen Zeiten braucht es ein klares Bekenntnis zu einem gerechten, demokratischen und solidarischen Europa, in dem allen eine Perspektive für sozialen Wohlstand gegeben wird.

Aus diesem Grund haben Ralf Stegner (SPD-Fraktions- und Parteivorsitzender in Schleswig-Holstein) und Franz Thönnnes (SPD-Bundestagsabgeordneter) den Europa-Dialog in der Willy-Brandt-Schule Norderstedt angeregt. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Ulrike Rodust aus dem Europaparlament diskutierten sie am 3. Dezember 2012 im Rahmen der SPD-Themenwoche „Europa“ fast eineinhalb Stunden mit den Schülerinnen und Schülern.

„Die anhaltenden Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten stellen die Politik vor große Herausforderungen. Die spekulativen Exzesse der Finanzbranche und das planlose Krisenma-

nagement der Bundesregierung haben für viel Verunsicherung gesorgt. Umso wichtiger ist es den Dialog mit jungen Menschen zu suchen“, so Franz Thönnnes. Die Jugendlichen zeigten sich gut vorbereitet sowie interessiert und nahmen die Gelegenheit wahr, SPD-Vertreter dreier unterschiedlicher, politischer Ebenen zu befragen.

Themen waren unter anderem die Finanz- und Wirtschaftskrise, direkte europaweite Bürgerbeteiligung und die Stellung des Europäischen Parlaments. Schnell wurde deutlich, dass die Schülerinnen und Schüler von der Idee eines geeinten Europas überzeugt sind und die Vorteile zu

schätzen wissen. In einer von Ralf Stegner angeregten spontan durchgeführten Abstimmung, ob Griechenland weiter finanziell unterstützt werden soll, sprachen sich die Jugendlichen mit deutlicher Mehrheit dafür aus.

Der SPD-Parteivorsitzende aus Schleswig-Holstein nahm das positive Votum überrascht zur Kenntnis. „Wir haben gemerkt, dass wir es hier nicht mit Egoisten und Anti-Europäern zu tun haben, das ist sehr erfreulich“, so Stegner.

„Da merkt man, wie normal es geworden ist, dass in den Klassen Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund sitzen, verschiedene Sprachen gelernt werden oder dass ohne Ausweise vorzuzeigen gereist werden kann. Das sind alles Erfolge des europäischen Einigungsprozesses“, erläutert die EU-Abgeordnete Ulrike Rodust.

„Bei allem Positiven gehört natürlich auch zur Wahrheit, dass es innerhalb der Gemeinschaft durchaus noch etwas zu verbessern gibt“, erläutert der Bundespolitiker Franz Thönnnes. So braucht es zum Beispiel klare Regeln für Banken und andere Finanzmarktakteure sowie einen Wechsel hin zu Investitionen in Wirtschaft und Beschäftigung, damit die Krisenstaaten wieder auf eigenen Beinen stehen können und eine deutliche Stärkung des Parlaments in Brüssel bzw. Straßburg.

Abschließend gaben die Schülerinnen und Schüler den drei Parlamentariern noch 170 „Wunschzettel“ mit auf den Weg. „Das war eine richtig sachliche und positive Diskussion, die wir uns in dieser Form auch im politischen Betrieb mal so wünschen würden“, zeigten sich Rodust, Stegner und Thönnnes nach der Veranstaltung beeindruckt.



Ralf Stegner, Ulrike Rodust und Franz Thönnnes trafen beim Europa-Dialog auf bestens vorbereitete Schülerinnen und Schüler

Foto: Hamburger Abendblatt/Michael Schick

Griechenlandpaket II: Zustimmung mit Bauchschmerzen

Das Jahr geht zu Ende und im Deutschen Bundestag dominierte 2012 bis zum Schluss das Thema „Euro- und Finanzkrise in Europa“ unsere Beratungen nicht nur im Haushaltsausschuss. Wir wissen, dass neben Portugal, Spanien und Griechenland schon bald auch Zypern auf unserer Tagesordnung stehen wird. Und wir schauen alarmiert nach Italien, wo der kriminelle Populist Berlusconi nach nur einem Jahr die Regierung Monti kippt und durch europafeindliche, nationalistische Töne Neuwahlen gewinnen will. Da kann einem angst und bange werden. Dramatische Jugendarbeitslosigkeit, die Verarmung von Familien bis in den Mittelstand und bei den Rentnern sind ein gefährlicher Nährboden für rechtes Gedankengut und anti-europäische Strömungen.

Als Deutsche müssen wir diese Gefahren ernst nehmen, denn die Zukunft Europas ist vor allem in unserem eigenen Interesse – und zwar nicht nur als Exportnation. Arbeitsplätze und Wohlstand hängen in unserem Land besonders davon ab, dass wir Deutsche in der Krise Solidarität beweisen.

Die Regierung Merkel doktriert seit zweieinhalb Jahren an den Hilfspaketen für südeuropäische Länder herum, ohne den Menschen in Deutschland ausreichend zu erklären, wohin ihr europäischer Kompass in dieser Situation zeigt. Schäuble und Merkel täuschen die Menschen seit Jahren, wenn sie sagen, dass die Rettungspakete Deutschland nichts kosten.

Bis heute hat Schwarz-Gelb keinen Cent dafür im Bundeshaushalt 2013 oder im Finanzplan vorgesehen. Das ist unverantwortlich und unsolid. Trotz dieser Kritik an der Regierung Merkel haben Sozialdemokraten ebenso wie Grüne bislang bei den Abstimmungen im Bundestag zu den Rettungspaketen in Europa zugestimmt - am 29. Juni 2012 dem ESM-Vertrag und dem Fiskalpakt ebenso wie am 30. November der Nachbesserung des Griechenland-II-

Paketes, wenn auch zuletzt mit großen Bauchschmerzen innerhalb der gesamten SPD-Fraktion.

Warum die Bauchschmerzen? Die bis jetzt in Abstimmung mit der Troika getroffenen Maßnahmen in Griechenland haben bisher leider nicht zur Stabilisierung geführt. Die Rezession der griechischen Wirtschaft ist nicht gestoppt, die Arbeitslosigkeit steigt weiter, die Armut breitet sich aus. Der Schuldenberg wächst unaufhörlich.

Ich glaube nicht, dass es den Griechen an Reformbereitschaft fehlt, auch nicht an der Bereitschaft, „den Gürtel enger zu schnallen“. Aber Vetternwirtschaft und Korruption blühen seit langer Zeit, wenige Familien beherrschen die Politikszene und eine reiche Clique in Politik, Wirtschaft und Finanzwesen sucht vorrangig das eigene Wohl.

Der aktuelle Troika-Bericht bescheinigt Griechenland die Umsetzung aller 72 vereinbarten Maßnahmen. Darunter sind massive soziale Eingriffe wie die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ab 2013, die Entlassung von Angestellten der öffentlichen Verwaltung und deutliche Einschnitte beim Kündi-

gungsschutz. Die Finanzhilfe für Griechenland jetzt dennoch abzulehnen, hätte bedeutet, dass Europa jede Glaubwürdigkeit verliert. Es geht eben nicht, Griechenland erst Auflagen zu machen und dann - wenn diese Auflagen unter größten Anstrengungen und Entbehrungen erbracht werden – die zugesagte Unterstützung zu versagen. Das wäre unfair und das Ende der europäischen Integration.

Aber die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen für eine langfristige Konsolidierung nicht aus und die soziale Schieflage der Maßnahmen empört die Menschen zu Recht. Nur im Sozial-, Renten- und Gesundheitsbereich einschneidende Maßnahmen durchzuführen, ohne dass die europäischen Finanzminister gleichzeitig dafür sorgen, dass eine wirksame Kapitalflucht aus Griechenland verhindert, das aus dem Land geschaffte Vermögen eingefroren und die Vermögenden in größerem Umfang an den Konsolidierungsmaßnahmen in Griechenland beteiligt werden, sorgt für Unruhe in der Bevölkerung.

Wir Sozialdemokraten pochen auf eine solche Beteiligung von Oberschicht und Banken. Das gebietet die volkswirtschaftliche Vernunft ebenso wie der Anstand sowohl gegenüber den griechischen wie deutschen Steuerzahlern!

Wir haben im Bundestag in den vergangenen Jahren immer wieder die Erfahrung machen müssen, dass diese Bundesregierung wichtige europäische Entscheidungen nach dem Terminkalender von Wahlen trifft.



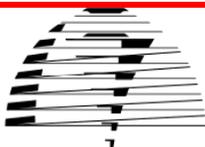
Bettina Hagedorn ist Mitglied des Haushaltsausschusses und stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Das fing beim ersten Hilfspaket für Griechenland im Frühjahr 2010 an, als Schwarz-Gelb vor der NRW-Wahl die Parole ausgab: „Kein weiterer Cent für Griechenland!“ Im Angesicht der nahenden Wahlen in Niedersachsen, Bayern und für den Bundestag heißt es heute ebenso falsch wie populistisch: „Kein weiterer Schuldenschnitt für Griechenland!“, obwohl genau das u.a. der Internationale Währungsfonds als Troika-Mitglied und Hauptfinanzier fordert.

Jeder weiß: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ein Schuldenschnitt für Griechenland unausweichlich sein wird. Die Regierung hofft offenbar, dass „der Tag der Wahrheit“ erst nach der Bundestagswahl ist.

Aber ich bin überzeugt, es wird ihr nichts nützen. Die Menschen haben ein Gespür dafür, wenn sie belogen werden. Die Glaubwürdigkeit der Merkel-Regierung ist Umfragen zufolge fast bei Null.

Bettina Hagedorn



Auf dem Weg zum Volksentscheid

Demokratieworkshop der SPD-Bundestagsfraktion startet Gesetzesdebatte

Am 10. Dezember fand im SPD-Fraktionssaal mit rund 150 Teilnehmern der Workshop „Auf dem Weg zum Volksentscheid“ statt, zu dem die Fraktions-Arbeitsgruppen Demokratie und Inneres eingeladen hatten.

Nach sechs Jahrzehnten erfolgreicher, gelebter Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist es Zeit, eine letzte große Ergänzung ins Regelwerk des Grundgesetzes einzufügen: die Möglichkeit direkter Abstimmungen des Volkes über politische Initiativen, einschließlich Verfassungsfragen und europäische Angelegenheiten. Hier besteht zwischen CDU und CSU auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen ein fundamentaler Dissens: Wir wollen die politische Lücke in der bundesstaatlichen Verfassung schließen. Die Union lehnt das bisher noch ab.

2002 hatte die rot-grüne Koalition bereits einen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbe-

gehren und Volksentscheid in den Bundestag eingebracht. Die notwendige Zweidrittel-Mehrheit scheiterte damals an der Ablehnung von CDU und CSU. Jetzt, zehn Jahre später, machen wir einen neuen Anlauf. Ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf ist auf dem Weg, noch in dieser Wahlperiode durch die SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt und zur Debatte gestellt zu werden. Die Zeit dafür ist günstig wie nie zuvor – die Ablehnungsfront auf der anderen Seite scheint allmählich zu bröckeln. Europafragen, Legitimationsfragen des Nationalstaates und Verfassungsfragen werden auch in der konservativen Welt heute etwas anders diskutiert: Fast alle Mitgliedsstaaten der Europäischen

Union kennen die eine oder andere Form der direkten Volksabstimmung, es gibt die Möglichkeit von EU-Volksbegehren, alle Bundesländer haben direktdemokratische Elemente in ihren Landes- und Kommunalverfassungen verankert.

Deshalb ging es bei dem Workshop inhaltlich auch nicht mehr um das „Ob“ von direkter Demokratie auf der bundesstaatlichen Ebene, sondern um das „Wie“.

Neben den Sprechern der Arbeitsgruppen Demokratie und Inneres haben der saarländische Verkehrsminister und stellvertretende Ministerpräsident, Heiko Maas, MdL, der baden-württembergische Verkehrsminister, Winfried Herrmann (Grüne), der Bundesvorsitzende von „Mehr Demokratie“, Michael Efler sowie Fabian Wittreck von der Universität Münster, der die SPD-Bundestagsfraktion

bei diesem Vorhaben berät, zur Diskussion Stellung bezogen.

Auf diesem Wege konnten Anregungen zu etlichen offenen Fragen erörtert werden: Welche Gegenstände können zur Abstimmung gestellt werden? Welche Quoren sollen gelten? Soll es Referenden, also etwa Volksabstimmungen auf Beschluss des Parlaments, geben können? Vielleicht auch obligatorische Referenden? Soll es einen Anhörungs- und Verhandlungsmechanismus zwischen Volksinitiativen und Parlament geben? Wie werden Information, Transparenz, Kostenerstattung geregelt bzw. wie werden diese Regelungen kontrolliert?

Die Diskussion in der SPD um die konkrete Ausgestaltung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene ist eröffnet.

Hans-Peter Bartels



Podium (v.l.n.r.): Michael Hartmann, MdB (Sprecher der AG Inneres), Heiko Maas, MdL (Verkehrsminister des Saarlands und stv. Ministerpräsident), Fabian Wittreck (Universität Münster), Hans-Peter Bartels, MdB (Sprecher der AG Demokratie), Winfried Herrmann (Die Grünen, Verkehrsminister Baden-Württembergs), Michael Efler (Vorstand „Mehr Demokratie“) Foto: Mehr Demokratie e.V.

Viel SPD Schleswig-Holstein im neuen Rentenmodell

Das war ein hartes Stück Arbeit. Und am Ende hat es sich wirklich gelohnt. Die SPD hat mit dem fast einstimmigen Beschluss ihres Parteikonventes zu einem gemeinsamen Rentenkonzept gefunden, das echte Perspektiven bietet. Ohne Schleswig-Holsteins SPD überschätzen zu wollen, so darf doch mit Fug und Recht und auch mit einem gewissen Stolz festgestellt werden, dass dieses neue Rentenkonzept der SPD sehr viele Übereinstimmungen hat mit dem, was in Schleswig-Holstein vorgedacht worden ist und nicht zuletzt durch den SPD-Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner erfolgreich eingepeist wurde.

Die wichtigsten Eckpunkte:

► Die SPD wird nach ihrer Regierungsübernahme 2013 eine Solidarrente einführen und dafür sorgen, dass für langjährig Versicherte mit 30 Beitragsjahren und 40 Versicherungsjahren die Rente nicht unter 850€ liegt. Diese wird aus Steuermitteln finanziert.

► Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute aufgrund der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, werden wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste

ermöglichen. Stichworte sind hier der abschlagsfreie Zugang zur Erwerbsminderungsrente und der abschlagsfreie Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren.

► Die betrieblich und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus SPD-Sicht die beste Form der privaten und kollektiven Altersversorgung. Die SPD will sie stärken und durch die Erleichterung der allgemeinen Verbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit aufgrund der geringen Tarifverbindungen im zu geringen Umfang genutzt wird.

► Ohne ausreichende Höhe des Rentenniveaus verliert diese Solidarleistung ihren Wert. Die SPD wird deshalb das derzeitige Sicherungsniveau bis zum Ende dieses Jahrzehnts aufrechterhalten. 2020 gilt es dann neu zu bewerten, welche Schritte im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen, Produktivität und die Ankopplung der Renten auf die Erwerbseinkommen vorzunehmen sind. Die SPD sagt hier klar und ehrlich, dass sie diese wichtigen Sozialleistungen und Verbesserungen für Rentnerinnen und Rentner dadurch finanzieren wird, indem sie auf die von Schwarz-Gelb beabsichtigte Senkung der Rentenbeiträge verzichten und diese stattdessen schrittweise auf ein höheres Niveau anheben will.

Einen Zusammenhang haben wir in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder offensiv herausgestellt: Gute und sichere Renten setzen voraus, dass es auch gute und sichere Löhne

gibt. Nur mit einer guten Lohnpolitik lässt sich Erwerbsarmut für die Erwerbstätigen, aber auch für Rentnerinnen und Rentner erfolgreich bekämpfen. Hier werden wir noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten haben, damit dieser Zusammenhang von Erwerbseinkommen und Renteneinkommen, von Lohnzuwächsen und Rentenzuwächsen in jeder Generation wieder neu begriffen wird.

Ernst Dieter Rossmann



Ernst Dieter Rossmann ist Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein

Resolution gegen Jugendarbeitslosigkeit im Ostseeraum

Das Baltic Sea Labour Forum (BSLF) ist eine einzigartige Einrichtung in Europa. Als Nachfolgeprojekt des „Baltic Sea Labour Network“ dient diese grenzüberschreitende Plattform von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Politik als Netzwerk für den gegenseitigen Austausch im Ostseeraum. Zudem soll es Handlungsempfehlungen zu Arbeitsmobilität, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Bildung und Ausbildung, Arbeit sowie Erwerbslosigkeit entwickeln.

Als „Unikat“ bezeichnet SPD-MdB Franz Thönnies das BSLF und fügt hinzu: „Angesichts der verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Herausforderungen grenzüberschreitender Arbeitsmärkte ist dieser kontinuierliche soziale Dialog notwendig. Am 15.11.2012 fand der

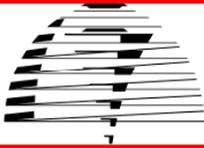
zweite Runde Tisch des BSLF mit rd. 50 Vertretern von 30 Arbeitgeber- und Gewerkschaftsverbänden aus dem Ostseeraum in Hamburg statt.

Thema war vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit Raten zwischen sieben und 30 Prozent in den Ostseeländern. In einigen ist

sogar jeder dritte Jugendliche betroffen. Gleichzeitig entwickeln sich grenzüberschreitende Arbeitsmärkte. Mobilität kann zur Wachstums- und Wohlstandssteigerung führen sowie die Erwerbslosigkeit reduzieren. Grenzpendler und auch kleine und mittelständische Unternehmen müssen bei Tätigkeiten in einem anderen Land jedoch Sicherheit in sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragen haben.

Mit einer Resolution fordern die Teilnehmer u.a. die Politik auf, mit konkreten Maßnahmen die Zahl der Schul-

abbrecher zu reduzieren und Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln. Das Ziel ist, jedem Jugendlichen nach spätestens vier Monaten Arbeitslosigkeit eine Anstellung, eine Ausbildung, eine Weiterbildung oder eine Kombination von Arbeit und Bildung zu garantieren. Auch müsse die Mobilität in der Ostseeregion weiter erleichtert werden. Grundlage sollten vergleichbare Bedingungen, Regeln und Arbeitsbeziehungen in allen Ländern für aus- und inländische Arbeitnehmer und Arbeitgeber sein.



Wie nachhaltig wirtschaften Unternehmen wirklich?

Kommen Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nach? Sorgen Sie für die Einhaltung der Menschenrechte, gute Arbeitsbedingungen und Umweltschutz? In Nachhaltigkeitsberichten preisen viele Firmen mit Hochglanz ihr Engagement. Wie es wirklich in den Lieferketten der Konzerne aussieht, bleibt dabei aber oft im Dunkeln. Die jüngsten Brandkatastrophen in zwei Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan zeigen, unter welchen unwürdigen Bedingungen Menschen in Billiglohnländern oft arbeiten müssen. Die SPD-Fraktion will Unternehmen jetzt zu mehr Transparenz verpflichten.

Immer wieder decken Hilfsorganisationen wie Oxfam auf, dass Menschen rund um die Welt ausgebeutet werden oder betriebsbedingt verunglücken, Gewerkschaftsrechte mit Füßen getreten werden und vielerorts die Umwelt zerstört wird. Ende November kamen 110 Menschen, vor allem junge Arbeiterinnen, in einer Fabrik in Bangladesch durch Feuer, Rauch und panische Sprünge aus dem Fenster zu Tode. Rund 1000 Arbeiterinnen waren in der Fabrik, in der auch Pullover für C&A produziert wurden, auf engstem Raum eingepfercht – die wenigen

Notausgänge reichten nicht aus. Im September starben 250 Menschen bei einem Brand in einer Jeans-Fabrik in Pakistan, die den deutschen Textildiscounter Kik belieferte – weil es weder Notausgänge noch Brandschutzvorkehrungen gab.

Derartige Missstände müssen aufgedeckt und verhindert werden. Mit dem Antrag „Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung herstellen“, den ich federführend für die SPD-Fraktion ausgearbeitet habe, wollen wir Unternehmen verpflichten, Informationen zu sozialen und ökologi-

schen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit offenzulegen – nach einheitlichen Standards, wahrheitsgemäß und vollständig. Seit einem Jahr bemüht sich die EU-Kommission, eine wirksame Strategie für Unternehmensverantwortung auf den Weg zu bringen, die von der schwarz-gelben Bundesregierung blockiert wird.

Dabei muss endlich öffentlich werden, welche Unter-

nehmen in ihren Lieferketten zu Hungerlöhnen produzieren lassen, wie viele Arbeitsunfälle passieren, ob Betriebsräte vorhanden sind und wie Kinderarbeit verhindert wird. Verbraucher sind auf gesicherte, vergleichbare Informationen angewiesen. Nur so können sie sich für fair und nachhaltig hergestellte Produkte entscheiden.

Gabriele Hiller Ohm



Gabriele Hiller-Ohm unterstützte im Dezember eine Demonstration für Offenlegungspflichten vor dem Reichstagsgebäude

Bessere Lebensbedingungen für Flüchtlinge schaffen

Seit fast drei Jahren weiß die schwarz-gelbe Bundesregierung, dass die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes verfassungswidrig sind. Bereits Anfang 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II und der Sozialhilfe beanstandet – das betrifft auch die Leistungen für Asylsuchende. Eine Anpassung hat die SPD immer wieder angemahnt, während Schwarz-Gelb tatenlos blieb. Ein neues Urteil der Karlsruher Richter von Juli 2012 fordert nun eine „unverzögliche“ Neuregelung. CDU/CSU und FDP haben auch dies bislang

ignoriert und nehmen die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes billigend in Kauf. Die SPD hat jetzt einen Antrag im Bundestag eingebracht, um die Lebensbedingungen für Flüchtlinge zu verbessern.

Mit dem Antrag „Menschenwürdige Lebensbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete sicherstellen“, den ich federführend für die SPD-Fraktion erarbeitet habe, setzen wir uns für eine umfassende Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Wir fordern, die Geldleistungen endlich verfassungskonform neu zu be-

rechnen. Bisher lagen sie bis zu 50 Prozent unter der Grundsicherung für Arbeitsuchende und wurden seit 20 Jahren nicht angepasst. Um Asylsuchenden und Geduldeten bei uns ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, sehen wir weiteren Handlungsbedarf: Flüchtlingskinder dürfen nicht länger ausgegrenzt werden und müssen einen Rechtsanspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket bekommen. Nötig ist zudem eine verbesserte Gesundheitsversorgung, insbesondere bei der psychologischen Behandlung der oft traumatisierten Flüchtlinge. Das diskriminierende und

teure Sachleistungsprinzip einschließlich der Sammelunterkünfte soll als Regelfall beendet werden. Und: Die derzeitige Geltungsdauer des Gesetzes von 48 Monaten muss wieder auf die ursprünglichen zwölf Monate verringert werden. Sofern die Betroffenen ihren Lebensunterhalt danach nicht selbst verdienen können, erfolgt der Übergang in die sozialen Regelsysteme. Außerdem soll der Arbeitsmarktzugang erleichtert und die Residenzpflicht, wodurch sich Flüchtlinge bislang nicht frei in Deutschland bewegen dürfen, abgeschafft werden.

Gabriele Hiller-Ohm

Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zu humaner Arbeit

Betriebsräte aus Schleswig-Holstein zu Gast in Berlin



Karina Glisovic (Städtische SeniorInnenEinrichtungen), Manfred Schumacher (Personalrat Bundespolizeiakademie), Gabriele Hiller-Ohm (MdB), Beate Herrmann (Städtische SeniorInnenEinrichtungen)

Mit regelmäßigen Betriebsrätekonferenzen bleibt die SPD-Bundestagsfraktion im intensiven Dialog mit Betriebs- und Personalräten aus dem ganzen Bundesgebiet und diskutiert mit ihnen aktuelle Arbeitnehmerfragen. Die Konferenz mit 300 Teilnehmern, darunter auch 16 aus Schleswig-Holstein, stand dieses Mal

unter dem Motto „Humaner Arbeitsplatz – Humane Arbeitswelt“. Druck und Versagensangst haben in der Arbeitswelt zugenommen. Hoch verdichtete Arbeitsabläufe führen zu psychischen Belastungen. Fälle von Burn-Out werden nicht mehr schamhaft verschwiegen, sondern offen angesprochen.



Gewerkschaftsjunior Sirko Hartmann, Franz Thönnies und die beiden Betriebsräte Norbert Vahl und Heiko Käßner im Fraktionsaal der SPD

Nach der Einführung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank Walter Steinmeier erklärte der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzel, wie aus Sicht der Gewerkschaft Arbeitnehmer trotz Leistungsdruck und Arbeitsverdichtung länger fit bleiben können. Deutschland brauche endlich eine Anti-Stress-Verordnung, so Detlef Wetzel. Ähnlich wie bei Vorschriften zum Lärmschutz müssten von Arbeitgebern und Politik belastbare Vorgaben ausgearbeitet werden, um Angestellte

besser vor Stress zu schützen. Fehltagelagen wegen psychischen Erkrankungen nehmen ständig zu. Allein auf die Diagnose „Burn-out“ gingen 2,7 Millionen Fehltagelagen zurück.

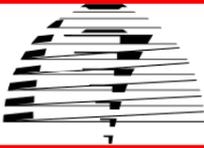
Für die SPD ist klar, dass die Arbeitswelt wieder menschlicher werden muss. Flexible Übergänge in die Rente sind dabei ebenso wichtig wie gesunde Arbeitsplätze mit altersgerechter Ausstattung, damit auch ältere Arbeitnehmer länger im Job aktiv sein können.



Heike Kühn (Pinneberg, Betriebsrätin bei Vitanas Psychiatrisches Zentrum Glückstadt), Susanne Scharmann (Norderstedt) und Dirk Behnisch aus (Moorrege), beide Betriebsräte bei Möller Wedel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB und Volkert A. Braren (Pinneberg, ehem. Betriebsrat bei Honeywell Airport Systems).



Die Betriebsräte aus dem Kreis Ostholstein mit ihrer Abgeordneten: Bernd Ramlow, Inke-Marie Jaschinski, Wieland Behncke, Siegmund Neumann, Bettina Hagedorn, Marion Zabel, Arne Cords und Karin Gnutzmann



- Termine -

25.01.2013, 19.00 Uhr, Eutin:

150 Soldatinnen und Soldaten der Eutiner Rettberg-Kaserne werden jedes Jahr nach Afghanistan entsandt. Nicht alle kommen unbeschadet zurück. Manche behalten körperliche, aber auch seelische Wunden zurück. Um diese posttraumatischen Belastungsstörungen, die Behandlungsmöglichkeiten und die Vorbeugung im Vorfeld soll es gehen bei dieser Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung von **Bettina Hagedorn** in der Carl-Maria-von-Weber Schule. Referent ist der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages **Reinhold Robbe**. Die Podiumsrunde bereichern der Verteidigungspolitikexperte **Hans-Peter Bartels**, ein Vertreter der Rettberg-Kaserne sowie ein Militärseelsorger.

05.02.2013, 19.00 Uhr, Lübeck:

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich besonders für die Entscheidungslösung in punkto Organspende eingesetzt, die seit dem 12.11.12 gilt. Entscheiden kann aber nur, wer gut informiert ist. Deshalb bietet **Gabriele Hiller-Ohm** eine Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema Organspende im K-Punkt in der Parade 4 an. Rede und Antwort stehen u.a. **Mechthild Rawert**, Organspende-Berichterstatlerin der SPD-Bundestagsfraktion, und **Conny Georg Bürk**, Leiter der Oberarzt des Interdisziplinären Transplantationszentrums des UK SH, Campus Lübeck. Betroffene kommen an diesem Abend ebenfalls zu Wort.

Internet für alle — eine Frage der Gerechtigkeit

„Der schnelle Zugang zum Internet mittels Breitbandversorgung muss ebenso ein Grundrecht sein wie der diskriminierungsfreie Zugang zu allen Informationen und Inhalten“, forderte Mathias Richel vom SPD-nahen Verein „Zentrum für Digitalen Fortschritt – D64“, als er im November zu Gast beim Arbeitsfrühstück der Landesgruppe war. Wie Lars Klingbeil, der Netzpolitikexperte der SPD-Bundestagsfraktion, ausführte, herrscht derzeit allerdings noch eine digitale Spaltung der Gesellschaft vor. Ungleichheit und Ungerechtigkeit entstehen, weil nicht alle am internetbedingten Fortschritt partizipieren können.

Die Spaltung verläuft auf verschiedenen Ebenen: Zum einen zwischen Stadt- und Landbevölkerung, weil in der Fläche oftmals kein schnelles Internet angeboten wird. Deutschland liegt in punkto Versorgung mit Breitbandanschlüssen im europäischen Vergleich hinter Rumänien! Dies hat direkte Auswirkungen auf



Bettina Hagedorn erkundigt sich bei Mathias Richel und Lars Klingbeil über die Kosten für den Breitbandausbau

die Haushalte einiger Kommunen. Einnahmeverluste entstehen, wenn z.B. Firmen aufgrund des fehlenden Breitbandanschlusses abwandern.

Die digitale Spaltung verläuft auch zwischen Arm und Reich, häufig bereits im Schulalter. Eine Standardausstattung mit einem Tablet-PC für jeden Schüler könnte hier Abhilfe schaffen.

Die Digitalisierung verändert nicht nur die Schule, sondern auch die Arbeits-

welt und die demokratische Partizipation. „Die SPD muss sich bei der Netzpolitik auf ihre Kernkompetenz, den Gerechtigkeitsanspruch, besinnen und von dieser Position aus Antworten auf die aktuellen Fragen entwickeln, die durch die Digitalisierung der Gesellschaft aufgeworfen werden“, plädiert Mathias Richel. Auf diese Weise könne sich die SPD positiv von anderen Parteien abheben und auch neue Wähler in der sogenannten Netzgemeinde gewinnen. (nb)

Standortbestimmung vor der Bundestagswahl

Gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa – die Forderungen des DGB-Bundesvorstands an die Parteien anlässlich der Bundestagswahl 2013 standen im Mittelpunkt des Gesprächs der SPD-Landesgruppen Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit dem Vorsitzenden des DGB Nord, Uwe Polkaehn, in Berlin.

Mit dem aktuellen Rentenbeschluss ist die SPD auf Bundesebene einen wichti-

gen Schritt auf die Gewerkschaften zugegangen, und auch auf Landesebene bietet sich Gelegenheit zum Schulterschluss. So wollen sich die SPD-MdBs aus Schleswig-Holstein und der DGB-Nord für die Interessen der Mitarbeiterschaft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung am NOK einsetzen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien mit ihrem Arbeitsplatzpotential ist ebenfalls für beide Seiten von großer Bedeutung.



DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn

Hoffnung auf Kompromiss im Windmessenstreit

So gut und geräuschlos Hamburg und Schleswig-Holstein auf allen Ebenen und bei zahlreichen Projekten auch zusammenarbeiten, bei einem Thema knirscht es derzeit recht vernehmlich im Gebälk: die neue Windmesse, mit der Hamburg in direkte Konkurrenz zum bisherigen Standort Husum tritt. Grund genug für die Landesgruppe, den Hamburger Bevollmächtigten beim Bund, Staatsrat Wolfgang Schmidt, zu ihrem Arbeitsfrühstück einzuladen.

Der machte deutlich: Die Hansestadt ist an einem Kompromiss sehr interes-

siert und hofft darauf, dass die derzeitigen Mediationsgespräche von Erfolg gekrönt sind. „Wenn es keine Einigung gibt, ist das schlecht für beide

Standorte, da in diesem Fall die Abwanderung der ausstellenden Unternehmen zu anderen Windmessen in Europa droht“, so Schmidt. (nb)



Die Dienststellenleiterin der Landesvertretung Schleswig-Holstein Rosemarie Schönegg-Vornehm und Staatsrat Wolfgang Schmidt, Bevollmächtigter der Stadt Hamburg beim Bund

Grube: 50 Prozent weniger Lärm sind das Ziel

Lärmbelastung durch Schienenverkehr ist ein Thema, das vielen Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennt. Das wissen die schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten aus zahlreichen Gesprächen in ihren Wahlkreisen. Auf diese Problematik bei einem Abendessen mit SPD-Parlamentariern angesprochen, bekundete Bahn-Chef Rüdiger Grube: „Es ist unser Ziel, die Lärmbelas-

tung bis zum Jahr 2020 um 50 Prozent zu reduzieren.“ Die Deutsche Bahn will bis dahin ihre 135.000 Waggon umrüsten. Grube verwies aber darauf, dass sein Unternehmen die Lärmreduktion auf deutschen Schienen nicht allein in der Hand hat. Immerhin sind in Europa etwa 600.000 Waggon unterwegs. Eine verbindliche Vorgabe aus Brüssel ist demnach erforderlich.

Den SPD-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein versprach Bahn-Chef Grube außerdem: „Der Bau der S4 nach Ahrensburg und Bad Oldesloe hat für uns oberste Priorität.“

Bei der Anbindung Dänemarks setzt die Bahn allerdings nicht ausschließlich auf die feste Fehmarnbeltquerung. Die Jütlandroute ist für das Unternehmen ebenfalls wichtig. (nb)



Bettina Hagedorn, Gabriele Hiller- Ohm und Bahn-Chef Rüdiger Grube im Gespräch

Workshop für junge Medienmacher

Der Deutsche Bundestag lädt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung 30 junge Journalistinnen und Journalisten zu einem Workshop nach Berlin ein.

Vom 17. bis 23. März 2013 werden die Jugendlichen hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt blicken. Sie hospitieren in Redaktionen, lernen Hauptstadt-Journalisten kennen, diskutieren mit Abgeordneten, besuchen Plenarsitzungen im Deutschen Bundestag und erstellen eine eigene Veranstaltungszeitung.

Bewerben können sich Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren mit einem journalistischen Beitrag zum Thema des Workshops. Eingereicht werden können Artikel, Video-/Audiobeiträge oder Fotoarbeiten. Nähere Informationen zum Workshop und den Bewerbungsbedingungen finden sich im Internet unter <http://bundestag.jugendpresse.de>. Bewerbungsschluss ist der 15. Januar 2013.

Impressum „Bundestag direkt“

Herausgeber

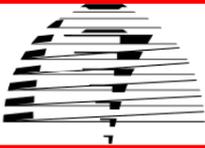
Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB, Sprecher der Landesgruppe Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Büro der Landesgruppe:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Mail: sh-lg.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Ulrich Plate,
Büro Ingo Eglhoff, MdB



Auf der Weihnachtsfeier: Spökenkieken statt Ringelnatz



Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann blickte in seiner Eröffnungsrede auf ein erfolgreiches Jahr für die SPD Schleswig-Holstein zurück.

Wo die Weihnachtsfeier der Landesgruppe stattfinden sollte, lag in diesem Jahr auf der Hand: natürlich im Gartenzimmer der Landesvertretung Schleswig-Holstein, die seit dem Regierungswechsel in Kiel endlich wieder sozialdemokratisches Terrain ist. „Ich freue mich, dass wir heute hier zusammen feiern. Noch mehr freue ich mich aber darauf, dass im nächsten Jahr dieser Raum zum Feiern zu klein sein wird“, sagte Dienststellenleiterin Rosemarie Schönegg-Vornehm in ihrem Grußwort und spielte damit auf die Bundestagswahl im September 2013 an, nach der die Landesgruppe Schleswig-Holstein – so das erklärte Ziel – mit mehr Abgeordneten und in deutlich größerer Mannschaftsstärke in Berlin vertreten sein soll. Die Bundestagswahl war auch in den Gesprächen untereinander ein beliebtes Thema an diesem Abend: Wird es Kubicki in den Bundestag schaffen? Würden die Grünen mit den Schwarzen koalieren? Und wie wird wohl die Landesliste der SPD-Schleswig-Holstein „gestrickt“ sein? Zugunsten der spannenden Spökenkiekerei ließ Landesgruppensprecher Ernst Dieter Rossmann die angekündigte Lesung aus einem Ringelnatz-Buch ausfallen. Die wird dann bei der Weihnachtsfeier im nächsten Jahr nachgeholt. Versprochen! (nb)

Die schleswig-holsteinischen
SPD-Bundestagsabgeordneten wünschen
den Leserinnen und Lesern
entspannte, besinnliche Weihnachtstage
und für das Jahr 2013
Gesundheit und gutes Gelingen.
Glückauf!



Die Weihnachtsmütze hatte er zwar auf, Geschenke aber leider nicht dabei. Dafür stattete Stephan Borghorst der SPD-Landesgruppe Niedersachsen, die am selben Abend in der Landesvertretung feierte, zwischendurch einen Kurzbesuch ab, um ihnen die besten Wünsche für die Landtagswahl im Januar 2013 zu überbringen.



Da die Büros der sechs schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten auf drei verschiedene Liegenschaften im Regierungsviertel verteilt sind, telefonieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich öfter miteinander als sie einander treffen. Da ist die Weihnachtsfeier eine gute Gelegenheit, eine Runde zu klönen. Hier hat sich Flemming Krause aus dem Büro Thönnies (zweiter von rechts) unter das Team von Sönke Rix (links) gemischt: Stephan Borghorst und Anne-Katrin Fischer.



Wenn der Landesgruppensprecher möchte, dass die gemeinsame Mitarbeiterin der Landesgruppe auch mal auf einem Bild zu sehen ist, greift er schon mal selbst zur Kamera. Hier also Frank Lutoschka und Cosima Ingenschay (Büro Hiller-Ohm), Nadine Brockmann und die Abgeordnete Bettina Hagedorn, fotografiert von Ernst Dieter Rossmann.